

Versprechen auf Prüfstand

SPD-Fraktion im Gnarrenburger Rat nimmt Land in die Pflicht und macht sich für die Oberschule stark

GNARRENBURG. In Gnarrenburg ist sie seit langem erwünscht, von der SPD-Fraktion wird sie schon lange gefordert: Eine Veränderung der Schulstruktur im Sinne einer längeren gemeinsamen Beschulung der Gnarrenburger Kinder vor Ort. Die aktuelle Entwicklung um die Oberschule bringt jetzt eine neue Dynamik in die Diskussion. „Wir setzen uns für die Einführung einer Oberschule mit gymnasialem Zweig in unserer Gemeinde ein und halten sie für einen ersten Schritt in die richtige Richtung, sowohl für die Kinder vor Ort, als auch für die Zukunft Gnarrenburgs als Bildungsstandort“, fordert die SPD-Fraktion in einer Presseerklärung.

Bereits zwei Befragungen gab es schon zur Beantragung einer Kooperativen Gesamtschule in Gnarrenburg. Eine „überwältigende Mehrheit der Eltern“ (SPD-Fraktionschef Stefan Prüß) hatte sich seinerzeit dafür ausgesprochen. Außerdem haben zahlreiche Eltern und auch die SPD-Fraktion das „Volksbegehren für gute Schulen in Niedersachsen“ unterstützt und dabei weit über tausend Unterschriften vor Ort gesammelt.

„Der gemeinsame Druck des Volksbegehrens, des Landeselternrates, vieler Kommunen und Lehrerverbände sowie der Opposition im Landtag haben die Landesregierung jetzt dazu gebracht, sich zu bewegen – auch der demografische Wandel und die immens schrumpfenden Schülerzahlen an Hauptschulen zwingen zum Handeln“, erklären die SPD-Schulpolitiker in Gnarrenburg. Der Gesetzentwurf zur Schaffung der Oberschule bleibt nach Meinung der Sozialdemokraten zwar weit hinter den Forderungen des Volksbegehrens zurück – „die Einführung von integrierten Gesamtschulen wird keineswegs erleichtert und das Abi nach zwölf Jahren auch nicht abgeschafft, sondern stattdessen entgegen vieler Proteste auch an den Gesamtschulen installiert“ – aber dennoch biete dieser Gesetzentwurf Chancen für Gnarrenburg.

» Die mit der Oberschule verbundenen Versprechungen klingen gut, müssen jetzt jedoch eingehalten und nicht scheinweise zurückgenommen werden.«
SPD GNARRENBURG

„Die mit der Oberschule verbundenen Versprechungen klingen gut, müssen jetzt jedoch eingehalten und nicht scheinweise zurückgenommen werden.



Sehen in der Oberschule für Gnarrenburg große Chancen, um mehr Gnarrenburger Kindern den Weg zum Abitur zu ebnen und den Bildungsstandort Gnarrenburg zu sichern: **Wiebke Düßmann-Kühn**, Bildungsexpertin der SPD-Fraktion und Fraktionschef **Stefan Prüß**.

Fotos: Schmidt

Haupt- und Realschulen können zur Oberschule zusammengefasst werden, sogar mit gymnasialem Zweig – dies wollen wir, aber dieses Versprechen wird politisch schon wieder eingeschränkt“, betont die SPD. Im Grunde entsprechen die „komplette“ Oberschule in etwa einer Kooperativen Gesamtschule. „Dies war die Mindestforderung, die wir seit langem für unsere Gemeinde aufgestellt haben. Der Gesetzentwurf beinhaltet hier sogar viele positive Gestaltungsfreiräume – so kann der Unterricht von Klasse 5 bis Klasse 8 schulzweigübergreifend laufen, zum Beispiel mit Kursen in bestimmten Fächern, erst ab Klasse 9 muss schulzweigspezifisch unterrichtet werden“, erklärt die Bildungsexpertin der Fraktion, Wiebke-Düßmann-Kühn.

„Was die Lehrer und Lehrerinnen der Haupt- und Realschule Gnarrenburg daraus entwickelt und kürzlich bei einem Gesamtelternabend vorgestellt haben, finden wir gut und sinnvoll – eine gemeinsame Beschulung der Kinder in Klasse fünf, dann die allmähliche Einführung eines Kursystems bei großer Durchlässigkeit zwischen den Schulzweigen,

um erst ab Klasse neun die Schüler komplett nach Schulzweigen aufzuteilen“, teilen die Sozialdemokraten mit. „Wir denken, dass dieser Ansatz den Kindern und Eltern sehr entgegen kommt. Die unseligen und in Klasse vier viel zu früh ausgesprochenen Schullaufbahneempfehlungen verlieren an Bedeutung, was viel Stress aus der Grundschulzeit nehmen kann“, ergänzt SPD-Fraktionschef Stefan Prüß. „Die Kinder können weiter wohnortnah und gemeinsam unterrichtet werden. Es gibt so viele Kinder, die nicht in die Schubladen Hauptschule, Realschule oder Gymnasium passen, sie können individuell und ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden und haben

mehr Zeit zu zeigen, was in ihnen steckt“, beschreibt Prüß die Chancen einer gemeinsamen Beschulung.

„Positiv ist, dass an den Oberschulen mehr Schulsozialarbeiter eingesetzt werden sollen, der Bedarf ist groß und bisher gibt es sie nur an den Hauptschulen. Dass dies ausgeweitet werden soll, begrüßen wir ausdrücklich und wehren uns auch hier gegen die ersten Einschränkungen, die aus Hannover zu hören sind“, heißt es in der Erklärung der SPD. Fraktionschef Prüß: „Auch an der Lehrerversorgung soll das Konzept laut Kultusministerium nicht scheitern. An der Einhaltung der Zusagen muss sich die Landesregierung messen lassen.“ (bz/ts)

Nur 25 Prozent Gymnasialquote

Bisher gehen nur etwa 25 Prozent der Gnarrenburger Kinder nach der Grundschule zum Gymnasium – **wesentlich weniger als der Durchschnitt** im Landkreis. „Wir erhoffen uns natürlich auch, dass unsere Kinder durch die Oberschule mit dem gymnasialem Zweig vor Ort bessere Chancen bekommen. Wir fordern daher die Landesregierung auf, die Hürden für die Einrichtung dieser Form der Oberschule nicht zu hoch zu hängen. Auch Gemeinden unserer Größe müssen die Möglichkeit bekommen, das Schulangebot auszuweiten. Eine Oberschule ohne gymnasialen Zweig würde uns hier in Gnarrenburg nicht voran bringen“, heißt es in einem Appell der Gnarrenburger Sozialdemokraten an die Landesregierung.